



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0838890

P/XV/245 - 25. Oktober 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Die Vergangenheit schreckt</u> Um den Stellvertreter des Verteidigungsministers Von Fritz Erler, MdB	35
1a	<u>Ein Mißerfolg?</u> Ein notwendiges Nachwort zu den Gemeindewahlen in Hessen und Rheinland-Pfalz	48
2 - 3	<u>Regierungskrise zur Geisterstunde</u> Nach dem Rücktritt des Kabinetts Raab Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Pranta	71
4	<u>Südostasien vor dem Sturm</u> Neue Kräfte drängen nach vorn	50
5 - 6	<u>Noch filmen die Weißen Afrika</u> Zu den "Afrikanischen Filmtagen" in Westberlin	73

Die Vergangenheit schreckt

Von Fritz Erler, MdB

In verschiedenen Pressemeldungen und vom Bundesverteidigungsministerium unterstützten Wehrpressediensten wird der Gedanke lanciert, den Vertreter des Bundesverteidigungsministers, nämlich den Staatssekretär, von den militärischen Aufgaben des Ministers fernzuhalten und ihn auf seine Verwaltungstätigkeit zu beschränken. Angeblich könne kein Beamter - sprich Zivilist - militärischer Stellvertreter des Verteidigungsministers sein. Hier gehöre ein Soldat hin.

Es ist bekannt, dass bei den ersten Beratungen des leider im Zweiten Bundestag steckengebliebenen Organisations-Gesetzes bereits Versuche unternommen wurden, einen besonderen militärischen Befehlsstrang in Anlehnung an das damals von allen Seiten abgelehnte Beispiel der Weimarer Republik zu schaffen. Wenn nur ein Soldat Vertreter des Verteidigungsministers sein könne, wie von jener Seite behauptet wird, wäre der nächste Schritt die Forderung, der Verteidigungsminister selbst als Oberbefehlshaber der Bundeswehr müsse Berufssoldat sein oder könne den Oberbefehl nicht persönlich ausüben. Das wäre das Ende der Führung der Bundeswehr durch die politisch dem Parlament verantwortlichen Instanzen.

Der Staatsminister im Verteidigungsministerium ist das "alter ego" des Ministers. Er soll den Minister in seinem Geschäftsbereich in vollem Umfange vertreten. Wenn sich herausstellt, daß angesichts der Fülle der Aufgaben der Minister auch im Hinblick auf seine Vertretung im Parlament und seinen Ausschüssen einer Entlastung bedarf, drängt sich eher die Lösung auf, den Ministern, britischem Beispiel folgend, parlamentarische Staatssekretäre zu ihrer Entlastung zuzuordnen. Das würde die beruflichen Staatssekretäre aus den parteipolitischen Auseinandersetzungen heraushalten und sie nicht ständig zwingen, als Beamte die Politik der Regierungspartei im Parlament vertreten zu müssen. Das wäre eine saubere Aufgabenteilung. Es kann nicht nachdrücklich genug davor gewarnt werden, die Vertretung des Ministers in den entscheidenden Bereichen des Verteidigungsministeriums nur deshalb einem Soldaten zu übertragen, weil es sich dabei um die Ausübung der militärischen Befehls- und Kommandogewalt handle. Am Ende einer solchen Entwicklung stünde dann der keiner parlamentarischen Kontrolle unterworfenen militärischen Oberbefehlshaber.

Ein Mißerfolg ?

sp - Der "Deutschland-Union-Dienst", der offizielle Pressedienst der CDU/CSU, hat in seinem ersten Kommentar zum Ausgang der Gemeindevahlen in Hessen und Rheinland-Pfalz von einem eindeutigen Erfolg für die CDU und einem "klaren" Mißerfolg für die SPD gesprochen. Eine genauere Analyse der Wahlergebnisse hält einer solchen Bewertung freilich nicht stand. Wo liegt der Mißerfolg der SPD? Etwa in Hessen? Sie hat in diesem Lande ihre führende Stellung nicht nur behaupten, sondern sogar verstärken können, sowohl prozentual als auch an Stimmen. Immerhin konnte sie einen Stimmengewinn von über 100 000 Stimmen verbuchen, in vielen Gemeinden gewann sie die absolute Mehrheit, wie sie überhaupt auf dem Lande eine bisher noch nie gekannte Stärke besitzt. Darin drückt sich wohl die Anerkennung für die großen Aufbauleistungen auch auf dem Lande aus. Die Forcierung des Schulbaues, die Errichtung von Dorfgemeinschaftshäusern - eine wahre Wohltat für die geplagten Landfrauen -, die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Rahmen des Hessenplanes und der Bau neuer Siedlungen gaben den Gemeinden ein neues, von sozialem Fortschritt geprägtes modernes Gesicht. Die Wähler honorierten dies mit ihrer Stimmabgabe für Männer und Frauen, die durch die Tat bewiesen, was sie zu leisten vermögen. Der Stimmengewinn der CDU kommt fast ausschließlich aus dem Rückgang der Wählergemeinschaften und dem Verfall der Splitterparteien. Einbrüche in das sozialdemokratische Wählerreservoir fanden nicht statt...

Auch in Rheinland-Pfalz, der Domäne der CDU, konnte sich die SPD stimmenmäßig behaupten - und dies bei einer Wahlbeteiligung von rund 80 Prozent. Der Verlust von zwei Prozent erklärt sich wohl daraus, daß es der CDU gelang, die Rathausparteien noch mehr als in Hessen zu dezimieren, aber auch hier ist kein Erdbeben zu verzeichnen. Mit 37,7 Prozent aller abgegebenen Stimmen nimmt die SPD eine hervorragende Stellung ein. Die Erfolge der CDU halten sich, im großen und ganzen gesehen, doch in recht bescheidenem Rahmen.

Die CDU hat der Versuchung nicht widerstehen können, die Bundespolitik in die Auseinandersetzung um die Neubesetzung der Gemeinde- und Rathäuser hineinzutragen. Fragen der großen Politik überschatteten die Entscheidung des Wählers. Vergleicht man nun die Ergebnisse der letzten Bundestagswahlen 1957 mit dem Ergebnis dieser Gemeindevahlen, so ergibt sich für die CDU ein nicht gerade erfreuliches Bild. Es sieht so aus:

Hessen

Bundestagswahlen 1957	Gemeinde- und Kreiswahlen 1960
CDU 1 116 494 / 40,9 %	697 722 / 27,4 %
SPD 1 037 166 / 38,02 %	232 744 / 47,5 %

Rheinland-Pfalz

Bundestagswahlen 1957	Kommunalwahlen 1960
CDU 1 079 709 / 53,7 %	793 242 / 45,3 %
SPD 578 203 / 30,4 %	659 274 / 37,7 %

Was besagen diese Zahlen? Der CDU ist es nicht gelungen, ihren Wählerstamm von 1957 zu halten, sie mußte im Vergleich zu den Bundestagswahlen schwere Verluste hinnehmen - und zwar in beiden Ländern - während die SPD mächtig aufholen konnte. Die größte deutsche Oppositionspartei sieht innerlich gefestigt und getragen vom Vertrauen einer wachsenden Schar von Wählern der großen Entscheidung des nächsten Jahres entgegen. Ihre konsolidierte Stellung wird sie befähigen, noch recht viel Wasser in den CDU-Wein zu gießen. Sie bleibt hart auf den Fersen der Kanzlerpartei.

Regierungskrise zur Geisterstunde

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Während die weitaus meisten Österreicher unbesorgt schliefen, kamen die Regierungsmitglieder zu mitternächtlicher Stunde überein, dass sie das Regieren nicht mehr freut. Am vergangenen Samstag, um 0,20 Uhr, beschloss der Ministerrat in einer ausserordentlichen Sitzung den Rücktritt der Bundesregierung. Am gleichen Morgen gegen 9 Uhr begab sich Bundeskanzler Ing. Julius Raab, 69, zu Bundespräsident Dr. Adolf Schärf, um ihr das Demissionsschreiben zu überreichen. Der Bundespräsident nahm den Rücktritt zunächst nicht an, sondern bestand auf weiteren Verhandlungen.

Seit mehreren Wochen wurden solche Verhandlungen bereits im sogenannten Koalitionsausschuss geführt, in den letzten Tagen in Permanenz und zum Teil jeweils bis tief in die Nacht hinein. Der Koalitionsausschuss setzt sich aus den maßgeblichsten Vertretern der beiden Regierungsparteien, ÖVP und SPÖ, zusammen und hat die Aufgabe, den Boden für gemeinsame Regierungs- und Parlamentsbeschlüsse vorzubereiten. Ministerratsbeschlüsse müssen grundsätzlich einstimmig erfolgen und im Parlament gibt es auf Grund eines Koalitionsabkommens zwischen den beiden grossen Parteien, die zusammen 89 Prozent der österreichischen Wähler repräsentieren, keine Kampfabstimmungen. Dem Koalitionsausschuss - eine österreichische Eigenart und in der Verfassung nicht vorgesehene - kommt damit eine besondere Bedeutung zu. In ihm spielen sich hinter verschlossenen Türen die schweren politischen Auseinandersetzungen ab, die sonst in der Demokratie die Öffentlichkeit unruhigen und insbesondere in der Presse und im Parlament zu heftigen Diskussionen führen.

Trotz weitgehender Verhandlungs- und Kompromissbereitschaft auf beiden Seiten konnte sich diesmal der Koalitionsausschuss nicht über den Budgetvoranschlag für den Staatshaushalt 1961 einigen. Die Regierung war dadurch ausserstande, zur verfassungsmässig festgelegten Frist - zehn Wochen vor Jahresende - einen solchen Budgetentwurf als Gesetzesantrag dem Parlament zu übermitteln. Diese Fristversäumnis bei einer ihrer aller wichtigsten staatspolitischen Aufgaben liess es der Regierung geboten erscheinen, ihren Rücktritt zu beschliessen.

Was sind die Hintergründe dieses mitternächtlichen Verzweiflungsaktes? Seit etwa acht Jahren ist die Aushandlung des Budgetvoranschlages stets eine ganz besonders unangenehme Aufgabe gewesen. Ein allzu grosser Teil des Budgets, etwa 80 Prozent, ist nämlich durch starre Ausgaben

gebunden - neben anderem ein Ergebnis der Verschuldungspolitik des inzwischen zurückgetretenen ÖVP-Finanzminister-Genies Prof. Dr. Reinhard Kamitz. Mit den restlichen 20 Prozent will man also vor den Augen des Wählers Politik machen.

Zusätzlich erschwert wurden diesmal die Budgetverhandlungen durch die Forderung der Sozialisten, die Rentner nicht mehr länger von den Früchten der Konjunktur auszuschliessen. Der von der SPÖ in diesem Sommer aufgestellte Rentenreformplan sieht eine schrittweise Verbesserung des Rentenrechtes und eine durchschnittlich zehnprozentige Erhöhung der Rentenbezüge vor. Die ÖVP konnte sich diesen in der gesamten Bevölkerung als berechtigt empfundenen Verlangen nicht ganz verschliessen und stimmte im Prinzip zu. Offen blieb nur die Frage der Bedeckung, und darüber kam es zum Krach. Die SPÖ wollte, dass auch die Grossbesitzer zur Leistung verstärkt herangezogen werden, während die ÖVP allein die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung belasten wollte. So verlangte beispielsweise die ÖVP eine beträchtliche Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, nach dem ebenso einfachen wie probaten Rezept: wenn ihr eine soziale Besserstellung wünscht, dann zahlt auch die gefälligst selbst.

Dennoch schien eine Einigung im Wege des so oft schon bewährten Kompromisses nicht ausgeschlossen. Der Widerstand der ÖVP-Unterhändler hatte aber leider auch noch einen anderen Grund als die Wahrung egoistischer Besitzinteressen einer dünnen Schicht ihrer Auftraggeber. Es geht nämlich darum, den Bundeskanzler Raab, den "grossen alten Mann" der ÖVP, abzuschmeissen. Man will ihm offenkundig nur die Wahl lassen, ob er wegen zu grosser Nachgiebigkeit oder wegen zu grosser Unnachgiebigkeit gegangen werden will. Die österreichische Regierungskrise ist daher in Wahrheit eine ÖVP-Parteikrise. Und das zu einer Zeit, wo angesichts der Südtiroldebatte bei den Vereinten Nationen eine funktionsfähige und einige Regierung mehr denn je notwendig wäre.

Die Autorität des in seiner Partei einst überaus starken und keinerlei Widerspruch duldenden Bundeskanzlers ist schon einige Zeit lädiert. Diadochenkämpfe der nachdrängenden Führungsgarnitur der ÖVP zeichnen sich ab, gewiss nicht zum Vorteil des Landes. Dass aber dennoch die politische Situation zu ernstern Besorgnissen keinen Anlass gibt, ist der stabilsten politischen Kraft zu verdanken: der an der Regierung verantwortungsbewusst mitwirkenden Sozialistischen Partei Österreichs.

Südostasien vor dem Sturm

E.D. Der Entschluss der Amerikaner, der Regierung in Laos erneut Wirtschafts- und Militärhilfe zukommen zu lassen, wird allgemein in Südostasien als ein Beispiel für die realistische Einschätzung angesehen, mit der sich Washington bemüht, in der jüngsten Zeit die Probleme und Ereignisse östlich des Indischen Ozeans zu erfassen und zu bewältigen. Auf der anderen Seite aber gibt man auch sehr unmissverständlich zu verstehen, dass Washington in vielen Fällen erst dann zu reagieren begännen, wenn Moskau schon längst seine Minen zum Platzen gebracht habe. Das sei zum Beispiel auch in Laos der Fall gewesen, wo die Vereinigten Staaten nach dem Putsch des Hauptmanns Kong Le gegen die rechtsgerichtete Regierung alle Mittel gesperrt und sich dann zu einer Änderung ihrer Haltung bereitgefunden hätten, als die Meldungen von sowjetischen Angeboten in die Weltöffentlichkeit drangen.

Wie auch immer man zur Stunde die Lage in Laos betrachten mag - sie ist nach wie vor sehr ungeklärt; eines darf als ziemlich sicher angesehen werden: das Land wirkt immer mehr als eine Art revolutionärer Sprengsatz für ganz Südostasien.

Zwar wäre es verfehlt, nach Manier vieler Amerikaner den gesamten Raum als an die Kommunisten verloren darzustellen. Nicht nur, dass eine solche Sicht nur noch mehr von der immer wieder behaupteten Unfähigkeit des offiziellen Amerikas zeugen würde, die Entwicklungen in Asien begreifen zu können, ein derartiger, als realistischer Pessimismus getarnter Defaitismus würde wie ein Bumerang wirken. Das heisst natürlich nicht, dass das Treiben kommunistischer Partisanen und mit ihnen verwandter Gruppen auf die leichte Schulter zu nehmen ist. Eine Frage ist es nur, wie denn Washington im Verein mit der SELTO etwa wirklich und effektiv etwas zur Vernichtung oder zumindest Rückdämmung solcher Dinge, wie der Vorstoss des Pathet Lao, zu tun gedenkt. Aber solche Überlegungen sollten nicht allein auf Laos beschränkt bleiben. In Kambodscha, in Thailand, und nicht zuletzt in Südvietnam sind unter der Oberfläche Vorgänge zu spüren, die mit dem offiziell zur Schau getragenen Optimismus nicht übereinstimmen. Und nicht immer sind es die Kommunisten, die dann im Körper der betreffenden Nation zu wählen beginnen. Es gibt Elemente und Gruppen in der südostasiatischen Welt, die ihre ideologische Rechtfertigung zu den revolutionären und teilweise terroristischen Akten nicht aus den Arsenalen Moskaus oder Pekings beziehen.

Die Existenz einer Kuomintang-Bastion auf Formosa, das Wiederaufleben nationalistisch-faschistischer Terrorakte in Japan, die erst jetzt in grösserem Umfang bekanntgewordenen Handlungen des Dar-ul-Islam auf Indonesien haben ihrerseits zu einer Radikalisierung und "Aufbereitung" des südostasiatischen Raums geführt, die nicht minder folgenreich sein kann als der Angriff der Kommunisten.

Hier liegen künftige Herde der Auseinandersetzung, nicht nur für den Westen, sondern auch für den Kommunismus Moskowitischer oder Pekinger Prägung. Denn wer will uns heute beweisen, dass allein die sozialen Leitbilder unserer Welt, Kommunismus oder Kapitalismus in Asien um die Zukunft wetteifern. Warum sollten nicht neben diesen Linien der Auseinandersetzung Kräfte emporsteigen, die beide Seiten des Kalten Krieges schon für längst gebannt oder überwunden glaubten?

Noch filmen die Weissen AfrikaH.G.S. - Berlin

"Noch filmen die Weissen Afrika und die Afrikaner", so sagte Dr. Jean Rouch (Paris) bei der Eröffnung der "Afrikanischen Filmtage" im Westberliner "Filmtheater Wien" am Kurfürstendamm und fuhr dann fort: "Aber in absehbarer Zeit werden die schwarzen Menschen selbst an der Kamera stehen und ihr Land und ihr Leben darstellen und filmisch bewerten."

Die "Afrikanischen Filmtage" nehmen sich eigentlich in Westberlin recht kurios aus. Sie sind im Anschluß an die Deutsche Afrika-Woche von der Deutschen Afrika-Gesellschaft durchgeführt worden und gehen auf eine Anregung der SPIO (Spitzenorganisation des Deutschen Films) zurück. Umsichtiger Hausherr der Filmtage für Afrika in Berlin ist der Direktor des Deutschen Instituts für Filmkunde (Wiesbaden-Biebrich) Max Lippmann, dessen vielseitige Organisationsgabe sich schon in früheren Jahren bewies. Den inneren Zusammenhang dieser Spiele in Westberlin, die hauptsächlich in dem kunstfreudigen Filmtheater am Steinplatz stattfinden, stellte Senator Prof. Dr. Joachim Tiburtius in seiner Eröffnungsansprache dar, als er auf den Charakter der "Selbstbestimmung der Völker" hinwies, ein Thema, das den Berlinern wie den Afrikanern am Herzen liegen mag, und das die afrikanischen Besucher der Berliner Veranstaltungen - und davon gibt es immerhin einige - ebenso wie die eingewachsenen Berliner recht gut aus eigener Erfahrung kennen.

120 Filme waren für die Afrikanischen Filmfestspiele gemeldet, 84 Filme wurden ausgewählt, eine verblüffende Fülle von Themen über den Schwarzen Erdteil, der so plötzlich ins Licht der Gegenwartsgeschichte gerückt ist, Filme aus Belgien, Frankreich, der Schweiz, Großbritannien, eine ganze stattliche Reihe aus der Bundesrepublik, die offenbar als verspätete Nachfolgerin einer ausgeschalteten Kolonialmacht nun wenigstens noch als Filmnation am afrikanischen Tische erscheint, nachdem das Wetterleuchten der Zeitgeschichte das Ende jedweder Kolonialtätigkeit verkündet hat.

Das betonte auch derumsichtige Max Lippmann in einer Pressekonferenz: hier ging es nicht um einen kolonialen Aspekt des benachbarten alten Kontinentes, der so spät entdeckt und erschlossen wurde,

obwohl er seit dem Altertum bekannt war, hier ginge es um einen Freundschaftsdienst für Afrika.

Das freilich hat nun auch wirtschaftliche Aspekte. Die Sympathien der Afrikaner sind weniger bei den "klassischen Kolonialländern" als bei solchen Nationen, die nicht mehr seit 1918 kolonisiert haben.

Gewinn dieser "Afrikanischen Filmtage" in Berlin war die Wiederaufführung solcher menschen- und tierfreundlichen Filme wie der Grzimek-Filme "Serengeti darf nicht sterben" und "Kein Platz für wilde Tiere", denen man zum Teil und zeitweise so übel seitens politischer Filmgremien zugesetzt hatte. Begrüßenswert auch, daß die großen Filme bedeutender Europäer hier nochmals zu Rang und Namen kamen wie Baratiens "Goha", Rogosins "Come Back Africa", Swansons "The Magic Garden", Cyril Frankels "Man of Africa", René Gardis "Mandara" aus der Schweiz, der bei den letzten Berliner Filmfestspielen aufgeführt wurde.

Viele der 84 Streifen waren weit mehr als nur informierende Kulturfilme aus oder über Afrika. Fast alle schnitten indirekt die politischen Fragen unserer Tage an, nicht einer tat es aufdringlich oder provokativ. Hier, bei den "Afrikanischen Filmtagen" in Berlin, hätte kein Russe den Saal unter Protest zu verlassen brauchen und kein Schuh wurde ausgezogen, um damit Protest zu trommeln. Getrommelt wurde nur von einer reizenden jungen Jazz-Combo, die Blues, die Melodien "Ghana" und "Night in Tunisia" instrumentierte und den Filmfestspielen die verfluchte feierliche Würde nahm, die die Berlinale immer anstrebt und durch ihr verzuckertes Beiwerk oft vertan hat. Diese "Afrikanischen Filmtage" waren stillere Beispiele echter Filmpflege, was für die Veranstalter spricht.

Den schönsten Eindruck hinterließ wohl der 43-jährige Franzose Dr. Jean Rouch, der in Berlin sagte: "Wir wollen den Afrikanern nichts mehr beibringen, wir wollen sie vielmehr zu verstehen suchen." Seine neuen Filme - unter vielen anderen zum ersten Male in Berlin gezeigten wie "Les fils de l'eau" (mit überwältigenden Farben und nie geschauten rituellen Szenen), "Les maîtres fous" und vor allem der dokumentarische Lebensbericht "Moi un noir" (Prix Louis Delluc 1958) und sein erster Langfilm "Jaguar" (1955) haben etwas überwältigend Menschliches. Dieser erfolgreiche Ingenieur und Völkerkundeforscher vertrat in Berlin das noble "andere Europa" aus dem Geiste Albert Schweitzers, das keine Menschenunterschiede kennt, nur noch die Sorge für die menschenwürdige Welt von morgen, in der Afrika einen Hauptplatz einnehmen wird. + + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel